

Dezernat 5, 04.04.2016, 51-5235

Mitteilung

für den Jugendhilfeausschuss am 13.04.2016

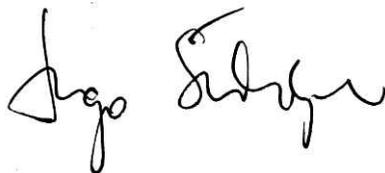
Thema:

Zusätzliches Personal zur Flüchtlingsversorgung

Mitteilung:

Im Rahmen der Beratung und Beschlussfassung der Vorlage „Zusätzliches Personal zur Flüchtlingsversorgung“ (Drucksachen-Nr. 2651/2014-2020) hat der Finanz- und Personalausschuss in seiner Sitzung am 02.02.2016 auch um eine entsprechende Information der jeweils zuständigen Fachausschüsse hinsichtlich der zusätzlichen Arbeitskräfte gebeten.

Die entsprechende Vorlage ist anliegend beigefügt.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Jugendhilfeausschuss'.

Amt, Datum, Telefon

110 Amt für Personal, Organisation und Zentrale Leistungen,
18.01.2016, 51- 20 83

Drucksachen-Nr.

2651/2014-2020

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Finanz- und Personalausschuss	02.02.2016	öffentlich
Haupt- und Beteiligungsausschuss	04.02.2016	öffentlich
Rat der Stadt Bielefeld	11.02.2016	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes) Zusätzliches Personal zur Flüchtlingsversorgung
Betroffene Produktgruppe mehrere
Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen keine
Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan Erhöhung des Personalaufwandes
Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)
Beschlussvorschlag: Der Finanz- und Personalausschuss und der Haupt- und Beteiligungsausschuss empfehlen dem Rat der Stadt zu beschließen: Der Rat der Stadt beschließt: Zur Flüchtlingsversorgung wird den von der Verwaltung vorgeschlagenen personalwirtschaftlichen Maßnahmen und der Erhöhung des personellen Mehraufwandes zugestimmt.
Begründung: Durch Ratsbeschluss vom 17.09.2015 wurden zur Flüchtlingsversorgung für das Bürgeramt, Abteilung ZAB, bereits 22 zusätzliche Kräfte und für verschiedene andere städtische Dienststellen weitere 23,1 zusätzliche Kräfte beschlossen. Aufgrund der weiterhin sehr hohen Zahl der Zuweisung von Flüchtlingen zur Stadt Bielefeld musste für das Jahr 2016 ein weiterer zwingender Personalbedarf abgefragt werden. Von den Ämtern wurden als absolut notwendig für die Arbeitsfähigkeit der jeweiligen Organisationseinheiten weitere insgesamt 47,5 Kräfte benannt. In der als Anlage beigefügten Übersicht sind die jeweiligen Organisationseinheiten mit dem jeweils erforderlichen Personalbedarf und den vorgesehenen Tätigkeiten dargestellt. Vorgesehen sind zunächst befristete Beschäftigungen für die Dauer von 2 Jahren. Die Verwaltung geht z.Z. davon aus, dass

auch bei auf zwei Jahre befristeten Arbeitsverhältnissen ausreichend qualifizierte Kräfte gefunden werden können. Dies ist sogar bei den nur auf ein Jahr befristeten Arbeitsverhältnissen im vergangenen Jahr gelungen. Des Weiteren ermöglicht eine Befristung auf zwei Jahre auch ein Reagieren auf Veränderungen. Bei der Aufstellung des Stellenplanentwurfes 2017 wird für die sich dann abzeichnenden Dauerbedarfe die Einrichtung von entsprechenden Mehrstellen geprüft und ggf. vorgeschlagen. Dabei ist zu beachten, dass eine unbefristete Einstellung des Personals zu einem dauerhaften Anstieg des Personalaufwandes führen würde, der den Haushaltsausgleich im Jahre 2022 gefährden könnte.

Allein insgesamt 15 Kräfte sind für Registrierungsplätze in der Unterkunft Böllhoff vorgesehen. Da es sich um die Wahrnehmung von Landesaufgaben handelt, erfolgt eine vollständige Refinanzierung. Angestrebt werden Einstellungen zum 01.04.2016. Damit fallen für 2016 zusätzliche Personalaufwendungen in Höhe von rd. 475.000 Euro an (rd. 690 000 Euro/Jahr). Um diesen Mehraufwand ist der Ansatz für 2016 im Zuge der Schlussberatungen des Haushaltes 2016 zu erhöhen.

Für die übrigen 32,5 zusätzlichen Kräfte ergibt sich bei einer durchschnittlichen Einstellung zum 01.04.2016 gerechnet für g.D.-Kräfte ein zusätzlicher Personalaufwand von rd. 1,5 Mio. Euro, für ein ganzes Jahr von rd. 1,95 Mio. Euro. Die für die Aufgabenerledigung erforderlichen Kräfte werden zunächst aus dem für das Jahr 2016 eingebrachten Budget auf der Aufwandsseite finanziert. Im Laufe des Jahres wird die Entwicklung der Ansätze kontinuierlich geprüft. Soweit die Ansätze nicht ausreichen, müsste zum Jahresende ein Nachtrag beantragt werden.

Stadtkämmerer

Löseke

Wenn die Begründung länger als drei Seiten ist, bitte eine kurze Zusammenfassung voranstellen.

Zusätzlicher Personalmehrbedarf der Dezernate aufgrund der Flüchtlingsversorgung im Jahr 2016

Amt	Bereich	Tätigkeit	Personalbedarf	Funktion
Bürgeramt	Abteilung ZAB	Besetzung der Registrierungsplätze in der Unterkunft Böllhoff ab Sommer 2016 mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (bis dahin abgeordnete Beschäftigte des Landes), damit die ständige Einarbeitung bei Personalwechseln vermieden und damit eine höhere Kontinuität und Effizienz erreicht werden. Das Einverständnis des Landes hierzu liegt vor	1,0	g. D. Verwaltung
			14,0	m.D. Verwaltung
Bürgeramt	Bürgerberatung	Zeitlicher Mehraufwand, der bei der Anmeldung von zugewiesenen Flüchtlingen entsteht (doppelte Zeitdauer im Vergleich zu "normalen" Anmeldungen).	0,7	m. D. Verwaltung
Bürgeramt	Auslanderabteilung	Erhöhter Personalbedarf durch erhebliche Fallzahlensteigerungen im Flüchtlingsbereich, gesetzliche Änderungen im Aufenthaltsrecht für UMF sowie Verfahrenänderungen bei Abschiebungen aufgrund des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes	3,0	g. D. Verwaltung
			1,0	m.D. Verwaltung
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	Materielle Hilfen Team 500.25	Erhöhung des Personalbedarfs durch Fallzahlensteigerungen im Bereich Asyl	3,5	g. D. Verwaltung
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	Unterbringung Team 500.53	Erhöhung des Personalbedarfs durch Fallzahlensteigerungen im Bereich Unterbringung von Flüchtlingen	3,5	g. D. Verwaltung
Amt für soziale Leistungen - Sozialamt -	Sozialarbeit in Unterkünften Team 500.54	Erhöhung des Personalbedarfs durch Fallzahlensteigerungen im Bereich sozialarbeiterische Betreuung	3,5	Sozialarbeit
Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	Geschäftsbereich 510.2 510.23 Amtsvormundschaften	Übernahme der Vormundschaften für UMF. Es besteht ein kalkulierter Bedarf für 190 Vormundschaften = 4,8 Stellen. Davon sind 2,1 Stellen über den Stellenplan und und 1,0 Mehrstelle bereits realisiert. Es besteht damit ein weiterer Personalbedarf von 1,7 Stellen.	1,7	g. D. Verwaltung oder Sozialarbeit
Amt für Jugend und Familie - Jugendamt -	Geschäftsbereich 510.2 510.21 Wirtschaftliche Jugendhilfe	Realisierung von Erstattungsansprüchen gegenüber dem überörtlichen Träger aus Transferaufwendungen für UMF (Personalbedarf 2,1 Stellen g. D. für 338 lfd. Fälle, davon werden 0,5 Stellen intern über den Stellenplan bereits abgedeckt)	1,6	g. D. Verwaltung
Immobilien-servicebetrieb	Geschäftsbereich Immobilienmanagement 230.21	Der Aufwand für die Akquise, die Anmietung, die Herrichtung und laufende Bewirtschaftung und Bauunterhaltung der Objekte zur Unterbringung von Flüchtlingen ist weiterhin sehr hoch. Der Bestand eigener und angemieteter Objekte mit Belegung von Flüchtlingen wächst enorm. Die Betreiberpflichten, Bewirtschaftung sowie die Bauunterhaltung sind zu übernehmen und neue (auch größere) Objekte zu erschließen.	1,0	m. D. Verwaltung mit immobilienwirtschaftlicher oder kaufm. Ausbildung
Immobilien-servicebetrieb	Geschäftsbereich Baumanagement 230.32	Vor allem in den Teams Erhalten Nord und Süd der Abteilung Planen, Bauen und Erhalten steigt die Arbeitsbelastung durch die intensive Nutzung der Immobilien stark an. Schadensmeldungen sind in der Regel sofort zu beheben, da eine eingeschränkte Nutzung oder sogar eine Gefährdung der Verkehrssicherheit damit verbunden sind. Die kalkulierten Personalkapazitäten setzen voraus, dass größere Objekte von Dritten (z.B. BGW) bewirtschaftet werden	1,0	Techniker/in Elektro (EG 9)
			1,0	Techniker/in HLS (EG 9)
			1,0	g. D. Technik (EG 10)
Amt für Verkehr	Verkehrswegeplanung 660.22	Verkehrliche Erschließung von Wohnstandorten	1,0	g. D. Technik (EG 11)
			1,0	Zeichner/in (EG 6)
Amt für Verkehr	Verkehrswegebau 660.32	Verkehrswegebau für neue Wohnstandorte	0,5	g. D. Technik (EG 11)
Kommunales Integrationszentrum		Erhöhter Verwaltungsaufwand, insbesondere beim Einsatz von Honorarkräften im Bereich Sprachförderung an Schulen, der Organisation von Fortbildungen und der Umsetzung von Landesprogrammen zum Einsatz von ehrenamtlichen Kräften.	0,5	m.D. Verwaltung
Kommunales Integrationszentrum		Schulische Beratung für zugewanderte Kinder und Jugendliche sowie Erarbeitung von Zuweisungsvorschlägen für den Schulbesuch.	1,0	Sozialarbeit
Bauamt		Zusätzliche Aufgaben im Zusammenhang mit Prüfungen und Stallungennahmen zu vorhandenen Gebäuden mit dem Schwerpunkt Bauordnungsrecht	4,0	g. D. Technik
Bauamt		Ausstellung von Bebauungsplänen für die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für Flüchtlinge	2,0	g. D. Technik
	Gesamt		47,5	